

Wahldesaster in Berlin So geht es nicht weiter

MARITTA TKALEC

Fehlende Wahlzettel, falsche Wahlzettel, überzählige Wahlzettel, falsch ausgehändigte Wahlzettel. Wahlwillige, die ihre Stimme nicht abgeben konnten, Nicht-Wahlberechtigte, die trotzdem alle Stimmzettel erhielten. Grob geschätzte Wahlergebnisse, erstaunlich viele, unerklärliche ungültige Stimmen. Das ist eine nicht sicherlich unvollständige Liste der ungeheuerlichen Katastrophen der Wahlen in Berlin. Eine Wahlbeteiligung von mehr als 150 Prozent wird aus einigen Stimmbezirken gemeldet – das schaffte nicht einmal die DDR.

Man ist ja einiges gewohnt; rund zwei Drittel der Berlinerinnen und Berliner waren mit der Arbeit von Rot-Rot-Grün unzufrieden. Doch jetzt wächst das Unbehagen in eine neue Dimension. Scham und Schande! Wie kann aus diesem Chaos ein respektables Ergebnis hervorgehen, das einer Regierung über Jahre das Fundament gibt? Wenn Zweifel im Raum stehen, ob das alles so richtig ist, ob die wirklich gewählten Leute an den richtigen Stellen sitzen. Nein, so wie diese Wahlen in Berlin abgelaufen sind, waren sie eines demokratischen Gemeinwesens nicht würdig. Wer will von hier aus noch über Wahlen in Russland urteilen?

Es führt kein Weg daran vorbei: Die Wahlen müssen – vollständig oder zumindest deren zweifelhaftesten Teile – wiederholt werden. Und Franziska Giffey, die womöglich künftige Regierende Bürgermeisterin, sollte diese Forderung klar vertreten, denn es geht um die Legitimation zum Handeln über die nächsten Jahre. Jetzt steht wie selten zuvor das ganze verkommene Berliner System der Verantwortunglosigkeit nackt und bloß da vor dem Volke. Die Landesregierung versteht sich als Zuschauer! So kam sie auch jahrelang ungeschoren durch das milliarden-teure BER-Desaster. Jetzt ist der Moment, zu sagen: So geht es nicht weiter.

Mobiles Impfen

Der richtige Weg

FRIEDRICH CONRADI

Wenn die Bürger nicht zur Impfung kommen, muss die Impfung zu den Bürgern kommen – und zwar mit dem Bus. In einer gemeinsamen Kraftanstrengung haben alle Berliner Hilfsorganisationen nun vier Doppeldecker zu mobilen Impfzentren umgerüstet, die im Laufe des Oktobers mit einem flexiblen Fahrplan durch Berlin kreuzen.

Am Freitag hatte der erste Bus seinen Einsatz auf dem Parkplatz des Dong Xuan Centrums in Lichtenberg. Und bereits eine Dreiviertelstunde vor Impfstart hatte sich eine Schlange vor dem ehemaligen Sightseeing-Bus gebildet. Es wurde deutlich, was man in Berlin bereits während der kreativen Impfwocche hatte beobachten können: Wenn man den Menschen eine unkomplizierte Impfung ermöglicht, holen sich nicht wenige kurz entschlossen den Pieks ab. So hatte beispielsweise eine Impfkampagne im Wedding mit Dönnergutscheinen großen Erfolg, und auch ein Angebot in der Markthalle Neun inmitten Wein, Tofu und gerösteten Kaffee verkaufenden Ständen wurde gut angenommen.

Die Impfbusse mit ihren engagierten Besatzungen tragen die Angebote nun noch dichter an die Menschen heran. So kann noch gezielter und spontaner agiert werden als bisher. Und das ist der richtige Ansatz – denn nicht nur der Berliner Virologe Christian Drosten warnt davor, mit den bestehenden großen Impflücken in Deutschland in den Winter zu gehen. Jetzt müssen die Orte angesteuert werden, wo bisher noch keine Angebote angenommen wurden oder wo Menschen das bisherige Prozedere als zu umständlich empfunden haben. Zu den Fahrzielen der Busse, die besonders einleuchtend sind, zählen die Berliner Tafeln. Hier sind gewiss viele Menschen, die man bislang nicht hat erreichen können. Auch sie müssen geschützt werden.



Der Faden wird immer seidener.

BERLINER ZEITUNG/HEIKO SAKURAI

Bei der Einheitsfeier in Halle herrschte am Sonntag Harmonie. Zumindest vordergründig. Da saßen politische Weggefährten beisammen. FDP-Chef Christian Lindner hatte hinter Unions-Kanzlerkandidat Armin Laschet Platz genommen. Sie kennen sich seit Jahren aus Nordrhein-Westfalen, regieren dort gemeinsam. Doch inzwischen ist es nicht mehr so eindeutig, ob Lindner getreu dem rheinischen Motto, man kennt sich und hilft sich, bei der Stange bleibt. Und dann saß da noch die CDU-Grande Rita Süssmuth, die ihrer Partei seit der Wahl vorhält, vieles vergeht zu haben. Oder Noch-Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, der ebenfalls mit Kritik nicht hinterm Berg hält – wie so viele aus der Union in diesen Tagen.

Es geht alles andere als friedlich hinter den Kulissen zu, das konnte auch der festliche Akt in Halle nicht verdecken. Angela Merkel bekam minutenlang Applaus für ihre Rede, ihre Partei dagegen heimst derzeit nicht gerade Lorbeeren ein.

Die Stimmung in der CDU wird immer angespannter – und dass Armin Laschet ins Kanzleramt einzieht, immer unwahrscheinlicher. Auch wenn der Aachener verbissen an dem Ziel festhält, eine Koalition mit den Liberalen und den Grünen zu bilden, um – denn das ist für ihn die letzte Chance – selbst politisch zu überleben. Seinen NRW-Ministerpräsidentenposten hat er schon seinem Ziehsohn Hendrick Wüst vermacht. Doch seine Jamaika-Träume drohen nun auch zu platzen – auch dank der eigenen „Parteifreunde“, die sich seit Tagen gegen ihn positionieren und damit ihm und solch einem Bündnis nicht gerade den Rücken stärken.

Trotzdem reibt man sich dieser Tage verwundert die Augen. Die Heckenschützen lauern scheinbar überall. Am Sonntag ging es nach der Einheitsfeier für viele

Regierungsbildung

Laschets einsamer Kampf



ANNE-KATRIN PALMER

Gäste schnell wieder nach Berlin: Die Sondierungsgespräche standen an. Grüne und FDP hatten schon vorsondiziert, diesmal trafen sie sich mit der SPD. Die Union sprach zunächst nur mit der FDP. Die Gespräche waren auf gerade mal zwei Stunden angesetzt, viele sprachen am Sonntag von Politik-Speed-Dating – als seien die Würfel schon vorab in den Hinterzimmern gefallen. Die Grünen treffen sich erst am Dienstag mit der Union. Bis dahin wird die Frage Ampel oder Jamaika wohl unbeantwortet bleiben.

Es kann natürlich sein, dass Armin Laschet und sein Sondierungsteam der FDP und den Grünen reihenweise Geschenke anbieten, damit die Königsmacher ja sagen zu Jamaika. Doch nachdem am Donnerstag Jens Spahn bereits Zweifel am Zustandekommen eines solchen Bündnisses

geäußert hat, sind neue prominente Stimmen dazugekommen. Unter anderem auch von dem Sauerländer Friedrich Merz, der vor der Wahl von Laschet in dessen Zukunftsteam geholt worden war.

Merz stellte inzwischen ebenso offen infrage, ob die Union überhaupt in die Nähe von Koalitionsverhandlungen kommen werde oder es bei „Vorsondierungen“ mit FDP und Grünen bleibe. Auch er sehe derzeit eher eine Ampel. Doch Merz sieht – wieder einmal – sein Stündchen geschlagen und brachte sich als neuen CDU-Parteichef selbst ins Gespräch.

Solches öffentliches Messerwetzen konnte man sonst eher aus der SPD. Die hat sich damit jahrelang an den Rande des Abgrunds manövriert, während CDU und CSU wenigstens nach außen eng zusammenstanden. Das hat sich komplett gedreht.

FDP-Chef Christian Lindner verlangt inzwischen, die Union solle erst einmal klären, ob sie regieren wolle – oder könne. Damit dürfte klar sein, dass der Liberale wohl eher Schnittmengen für eine Ampel sieht, auch wenn er sich vorher mit der SPD so manchen Schlagabtausch geliefert hat. Aber möglicherweise kappen die Genossen die Steuererhöhungen und die damit verbundene Reichensteuer – und vielleicht drücken die Grünen bei den E-Autos nicht ganz so sehr auf die Tube. Dann könnte es klappen. Lindner wiederum verkauft seinen mittelständischen Wählern eine Ampel damit, dass die Liberalen das Korrektiv in diesem Bündnis sein würden. Die SPD setzt derweil auf Harmonie. Generalsekretär Lars Klingbeil bezeichnet die Liberalen schon mal als Freunde. Die Grünen ebenso.

Die Union dagegen hinterlässt ein trauriges Bild der Selbsterfleischung. Sie hat einen würdevollen Abgang ihres gescheiterten Kanzlerkandidaten längst verpasst. Für die Partei ist es daher dringend an der Zeit, sich personell neu zu ordnen.

Kolumne

Frieden finden in der Heimat

MIRAY CALISKAN

Die Entscheidung wurde uns also durch die schrecklichen Umstände abgenommen, die Bestattung sollte in Mannheim stattfinden. Am besagten Tag rief uns ein guter Freund meines Vaters an und sagte uns mit bebender Stimme, dass er sich weigere, zur Beisetzung zu kommen. Mein Papa hätte niemals unter deutsche Erde gewollt, behauptete er. „Er muss in seine Heimat. Nur dort kann er Frieden finden.“ Er rief unzählige Male an, versuchte, uns unsere Entscheidung auszureden. Und er kam wirklich nicht.

Wieso wollen viele Menschen aus Einwandererfamilien in der Türkei beerdigt werden? Vielleicht liegt der Grund darin, dass die Türkei für die allermeisten mit

Urlaub, Erholung, Ruhe in Verbindung steht. Weit weg von Arbeit, Stress, den Sorgen des Lebens. Vielleicht glauben oder hoffen die Menschen, dass diese Ruhe auch über den Tod hinaus währt, ohne allzu esoterischen Klängen zu wollen.

Oder vielleicht ist türkische Erde, wie der Freund meines Vaters meinte, tatsächlich ein Symbol von Heimat. Das würde im Umkehrschluss bedeuten, dass türkischstämmige Menschen Deutschland nicht als ihre Heimat ansehen, sich fremd fühlen, obwohl sie hier ihr Leben aufgebaut und eine Arbeit gefunden haben, hier ihre besten Freunde und ihre Kernfamilie oder gar Verwandte haben, die das Grab in der Türkei, wenn überhaupt, ein- oder zweimal im Jahr, vielleicht aber auch kein einziges Mal besuchen könnten.

Vielleicht werden die Menschen auch nur überführt, weil es schon immer so gemacht wurde. Noch heute entscheiden sich wohl die meisten Einwandererfamilien dafür, dass der Verstorbene zu einem Ort in der Türkei geflogen wird. Auch mein Vater hat unzählige Bekannte verloren, die alleamt in der Türkei beerdigt wurden – mein Papa war in seinem gesamten Freundeskreis vermutlich der Erste, der in Deutschland bestattet wurde. Jetzt ist er bei uns, in Mannheim. Bei seiner Ehefrau, seinen Kindern, seiner Enkeltochter, die ihn jede Woche besuchen gehen. Bei seiner Familie – in seiner Heimat.

Zitat

„Ich glaube, von Merkel wird eines bleiben: Dass man sie wunderbar parodieren konnte. Das ist natürlich für die Comedians ein absoluter Horror, dass die Merkel abtritt.“

Olivia Jones, Dragqueen, bedauert das Ende der Ära Merkel.

Auslese

Harte Zeiten für Biden

Die spanische Zeitung *La Vanguardia* befasst sich mit der Lage von US-Präsident Biden: „Als Joe Biden im Weißen Haus ankam, hatte er mehrere Prioritäten: der Kampf gegen Corona, die Ankurbelung der Wirtschaft, die Klimakrise, eine Reform des Einwanderungssystems sowie die USA auf die internationale Bühne zurückzubringen. Die Impfkampagne lief gut an, geriet aber ins Stocken, bei der Klimafrage sollen die Treibhausgasemissionen bis 2030 halbiert werden. Ansonsten scheint der Präsident weit davon entfernt zu sein, seine Ziele zu erreichen. In der Migrationsfrage hat er die Anti-Einwanderungsmaßnahmen Trumps noch nicht aufgehoben. In der Außenpolitik gab es den chaotischen Rückzug aus Afghanistan. Das war ein schwerer Schlag für den Ruf der USA und die europäischen Verbündeten wurden auch nicht gewarnt. Und bei der Wirtschaft muss Biden mitansehen, wie Streit zwischen seinen Demokraten die Zustimmung zum Infrastruktur- und Sozialausgabenplan lähmt.“ Es seien „ohne Zweifel harte Zeiten für Biden“.

Immerhin sei in letzter Minute der „Shutdown“, also ein Teil-Stillstand der Regierungsgeschäfte in den USA, verhindert worden, schreibt der Wiener *Standard*. Die Zeitung schränkt aber ein: „Mitte Oktober droht den USA die Zahlungsunfähigkeit, wenn bis dahin nicht der Schuldendeckel angehoben wird. Dagegen stemmen sich die Republikaner, weil sie aus taktischen Gründen nicht mit Verschuldung assoziiert werden wollen. Dabei stammt ein Großteil der roten Zahlen aus der Zeit von Präsident Donald Trump. Geht der weltgrößten Volkswirtschaft deshalb das Geld aus, droht eine globale Finanzkrise.“ (fs.)

Berliner Zeitung

PFLICHTBLATT DER BÖRSE BERLIN
 Herausgeber: Dr. Michael Maier
 Textchefin: Bettina Cosack (VSiDP)
 Redaktionelle Koordination: Karim Mahmoud, Tobias Miller
 Reporter: Ruth Schneberger, Jan Schmidt
 Dossier: Anja Reich, Sabine Rennefanz
Ressorts
 Politik & Gesellschaft: Christine Dankbar
 Welt & Nationen: Dr. Michael Maier
 Wirtschaft & Verantwortung: Katharina Briene
 Kultur: Harry Nutt
Lernen & Arbeiten: Eva Corino
Gesundheit & Leben: Ruth Schneberger
Sport & Leidenschaft: Benedikt Paetzholdt
Chef Fotoredaktion: Paulus Ponitzak
 Die für das jeweilige Ressort an erster Stelle Genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Berliner Pressgesetzes.
Chef Print: Ingo Pfeiffer
Art Direction Print: Heike Fischer
Chefin Open Source: Dr. Petra Kohse
Lesertelefon Redaktion: +49 30 63 33 11-457
 E-Mail: leser-biz@berlinerverlag.com
Redaktion: BV Berliner Tageszeitungen GmbH
Geschäftsführung BV Berliner Tageszeitungen GmbH:
 Dr. Mirko Schiefelbein, Jan Schmidt
 Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin
Verlag: Berliner Verlag GmbH:
Geschäftsführung: Dr. Mirko Schiefelbein, Christoph Stiller
 Postadresse 11509 Berlin, Besucher: Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin
 Telefon: +49 30 23 27-9; Fax: +49 30 23 27-55 33
 Anzeigen: BVZ Anzeigenzeitungen GmbH, Geschäftsführung:
 Dr. Mirko Schiefelbein, Edzard Maske
 Postfach 11 05 06, 10835 Berlin;
 Anzeigenannahme: +49 30 23 27-50; Fax: +49 30 23 27-66 97
 E-Mail: kundenservice@berlinerverlag.com
 Traueranzeigen: E-Mail: traueranzeigen@berlinerverlag.com
 Es gilt Anzeigenpreisliste gültig seit 1.1.2021.
 Druck: BV Berliner Zeitungsdruck GmbH,
 Geschäftsführung: Steffen Helmschrott, Christoph Stiller
 Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin,
 Internet: www.berliner-zeitungsdruck.de
 Leserservice Abo: +49 30 23 27 77, E-Mail: leserservice@berlinerverlag.com
 Die Print-Ausgabe und das E-Paper der Berliner Zeitung werktätlich Mo-Fr
 sowie als Wochenendausgabe samstags im Berliner Verlag.
 Mit dem Digital-Abo der Berliner Zeitung erhalten Sie
 jederzeit Zugang zu allen Artikeln auf berliner-zeitung.de.
 Alle Angebote und die dazugehörigen Preise finden Sie auf unserer
 Internetseite aboshop.berliner-zeitung.de
 Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskämpfen (Streik/Aussperrung) besteht
 kein Bellerungs- und Entschädigungsanspruch.
 Erfüllung und Gerichtsstand Berlin-Mitte.